

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 8/76

Berlin

26. Februar 1976

43. Jahrgang

Hägl

Die Wirtschaft der DDR vor dem Fünfjahrplan 1976/80

Der Entwurf der Direktive zum neuen Fünfjahrplan 1976 bis 1980 zeigt, vergleicht man ihn mit Soll und Ist des Plans für die vergangenen fünf Jahre, einige Veränderungen in den Grundlinien. Das wirtschaftliche Wachstum ist etwas geringer veranschlagt worden als vordem. Bei der Verwendung des Nationaleinkommens hat nach wie vor der Export Priorität, der private Konsum findet sich nunmehr an letzter Stelle der Wachstumsskala. Die Planung für das kommende Jahrfünft bewegt sich damit im Rahmen der langfristigen Wachstumsvorstellungen bis 1990; sie ist aber auch wesentlich durch die aktuelle Lage im Außenhandel geprägt. Die durch die Preissteigerungen beim Import ausgelösten Probleme werden auch künftig die Wirtschaftsführung im Planvollzug zu einer erhöhten Flexibilität zwingen.

Planung und Planerfüllung 1971/75

Die Ziele im jetzt beendeten Fünfjahrplanabschnitt waren — nach den Schwierigkeiten Ende der sechziger Jahre — recht vorsichtig angesetzt. Geplant war ein zwar verlangsames, dafür aber strukturell ausgewogenes Wachstum. Im Vordergrund standen grundlegende Maßnahmen zur Entwicklung der Rohstoff- und Energiebasis sowie zur Sicherung der Proportionen zwischen Zulieferindustrie und Endproduzenten. Mit der Hauptaufgabe, der Erhöhung des Lebensstandards, wurde — vornehmlich aus politischen Gründen (Versorgungskrise in Polen, Führungswechsel in der DDR) — eine Kurskorrektur zugunsten einer besseren Versorgung der Bevölkerung vorgenommen. Damit hat man aber auch der Tatsache Rechnung getragen, daß Produktivitätsstei-

gerungen eher zu erzielen sind, wenn sie sich in gewissem Umfang in der Erhöhung der Realeinkommen widerspiegeln. Dagegen wurde der Investitionszuwachs bei gleichzeitiger Konzentration auf wenige Bereiche stark gekürzt. Eine Erweiterung der Grundfonds sollte nur gestattet sein, wenn alle anderen Möglichkeiten zur Verbesserung des technischen Einsatzes und der Rationalisierung ausgeschöpft waren. Energiewirtschaft, Zulieferindustrie und chemische Industrie wurden die Schwerpunkte. Bei den Bauinvestitionen hatten alle Bereiche zugunsten des Wohnungsbaus zurückzutreten.

Insgesamt wurde die inländische Verwendung mit geringeren Zuwachsraten angesetzt als die Produktion. Im Zeitraum 1971/75 sollte der Export stärker gesteigert werden als der Import. Damit wich dieser Plan entscheidend von der tatsächlichen Entwicklung in der vorausgegangenen Planperiode ab. Im Zeitraum 1966/70 hatte die Einfuhr stärker zugenommen als die Ausfuhr. Diese Tendenz wollte die Wirtschaftsführung der DDR nun umkehren.

1971/75 hat die Wirtschaft der DDR die meisten der ihr mit dem Fünfjahrplan gestellten quantitativen Aufgaben erfüllt. In vielen Bereichen ist die Entwicklung sogar günstiger gewesen als die Wirtschaftsführung zur Zeit der Aufstellung des Plans erwartet hatte. Im Zeitverlauf zeigten sich dabei deutliche Unterschiede: Die Zuwachsraten bei der Produktion und der Verwendung erreichten 1972 bis 1974 die höchsten Werte, im ersten und im letzten Jahr dagegen wurden die durchschnittlichen Raten unterschritten.

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	Ist	Plan	Ist	Plan	
	1966-70 ¹⁾	1971-75 ¹⁾		1976-80 ¹⁾	1976
Produziertes Nationaleinkommen	5,2	4,9	5,4	4,9 - 5,4	5,3
Industrie					
Warenproduktion	6,5	6,0	6,4	6,0 - 6,3	6,0
Arbeitsproduktivität	⁶⁾ 5,7	⁷⁾ 6,2	⁷⁾ 5,5	⁷⁾ 5,4 - 5,7	⁷⁾ 5,5
Bauwirtschaft					
Bauproduktion	8,2	⁸⁾ 4,9	5,0	⁸⁾ 5,7 - 5,9	⁸⁾ 5,3
Arbeitsproduktivität	⁹⁾ 4,0	¹⁰⁾ 3,9 - 4,4	⁹⁾ 4,0	¹¹⁾ 5,1 - 5,4	.
Fertiggestellte Wohnungen ²⁾	¹²⁾ 2,2	¹³⁾ 9,3	13,1	¹⁴⁾ 2,1	¹⁵⁾ - 4,7
dar.: Neubau	2,4	¹³⁾ 5,2	7,8	¹⁴⁾ 4,6	¹⁵⁾ 4,7
Landwirtschaft					
Staatliches Aufkommen an Schlachtvieh	3,8	¹⁵⁾ 2,8	6,7	¹⁵⁾ 0,1	¹⁵⁾ - 1,5
Milch	2,7	¹⁵⁾ 2,1	3,3	¹⁵⁾ 1,4	¹⁵⁾ - 0,5
Eiern	3,8	¹⁵⁾ 0,5	4,2	¹⁵⁾ 0	¹⁵⁾ - 3,5
Verkehr					
Gütertransportleistung	10,2	4,2	3,7	4,4 - 4,7	8,7
Gütertransportmenge	4,0	¹⁶⁾ 2,7	3,8	.	.
Leistungen d. Post- u. Fernmeldewesens	7,0	4,7	4,7	3,5 - 4,4	.
Brutto-Anlageinvestitionen ³⁾	9,9	¹⁷⁾ 3,0	¹⁸⁾ 3,6	¹⁹⁾ 5,2 - 5,8	²⁰⁾ 6,5
Einzelhandelsumsatz ⁴⁾	4,6	²¹⁾ 4,1	5,1	²³⁾ 3,7 - 4,1	4,0
Nahrungs- u. Genußmittel ⁴⁾	4,4	²²⁾ 3,0	3,5	2,5 - 3,0	.
Industriewaren ⁴⁾	5,0	²²⁾ 5,4	7,0	4,5 - 5,0	.
Außenhandel					
Umsatz ⁵⁾	²⁴⁾ 9,9	²⁵⁾ 7,3	²⁷⁾ 8,3	.	9,7
Einfuhr	²⁴⁾ 11,5
Ausfuhr	²⁴⁾ 8,3	²⁶⁾ 9,9 - 11,2	²⁸⁾ 10,0	²⁹⁾ 8,5	.
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,0	4,0	4,9	3,7 - 4,1	4,0

1) Durchschnittlicher Jahreszuwachs. — 2) Wohnungsneubau-, -umbau, -ausbau und -modernisierung. — 3) Ohne Generalreparaturen. — 4) Zuwachs zu jeweiligen Preisen. — 5) Gesamteinfuhr und -ausfuhr, einschließlich innerdeutscher Handel; ohne Dienstleistungen. — 6) Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten. — 7) Basis Warenproduktion. — 8) Bauproduktion im Bereich des Ministeriums für Bauwesen. — 9) Bau- und Montageproduktion je Arbeiter und Angestellten. — 10) In volkseigenen Betrieben. — 11) Im Bereich des Ministeriums für Bauwesen. — 12) Ohne Modernisierung. — 13) Geschätzt; geplant waren für den Gesamt-Zeitraum 500 000 bzw. 383 500 Wohnungen. — 14) Geschätzt; geplant sind für dieses Jahr fünf 750 000 bzw. 550 000 Wohnungen. — 15) Mengenmäßige Planung. — 16) Materialien des VIII. Parteitag der SED (Neues Deutschland vom 19. 6. 1971). — 17) Für den gesamten Planzeitraum wurde ein Investitionsvolumen (einschließlich Beteiligungen) von 175 Mrd. Mark angesetzt; die jährliche durchschnittliche Zuwachsrate wurde geschätzt. — 18) Zuwachsrate geschätzt; im gesamten Zeitraum sollen die Investitionen (ohne Beteiligungen) 1:2,7 Mrd. Mark betragen haben. — 19) Zuwachsrate geschätzt; es wird für den gesamten Zeitraum mit einem Investitionsvolumen (ohne Beteiligungen) von 232-236 Mrd. Mark gerechnet. — 20) Materielle Investitionen. — 21) Warenfonds für die Bevölkerung. — 22) Warenfonds, Warenbereitstellung einschließlich Bestandserhöhungen im Konsumgüterhandel; Aufteilung z. T. geschätzt. — 23) Warenumsatz zur Versorgung der Bevölkerung. — 24) Jeweilige Preise in Valuta-Mark. — 25) Nur RGW; Zuwachsrate geschätzt; der Warenaustausch mit dieser Ländergruppe sollte im Planzeitraum mehr als 165 Mrd. Mark betragen. — 26) Export in sozialistische Länder. — 27) Zuwachs zu vergleichbaren Preisen. — 28) Export in sozialistische Länder zu vergleichbaren Preisen. — 29) In sozialistische Länder zu konstanten Preisen von 1974.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Fünfjahrplan 1971-1975: GBl. der DDR, Teil I/1971, S. 175 ff; Direktive des VIII. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975: Neues Deutschland vom 23. 6. 1971, Sonderbeilage; Planerfüllungsberichte; Entwurf der Direktive des IX. Parteitag der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976-1980: Neues Deutschland vom 15. 1. 1976, S. 3 ff; Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1976: Neues Deutschland vom 8. 12. 1975, S. 3/4.

In den produzierenden und verteilenden Bereichen der Wirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten fast unverändert geblieben. Allerdings gab es einige Umschichtungen. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist — zu Lasten der Landwirtschaft — um fast 100 000 Personen größer geworden, der Anteil dieses Bereichs hat sich damit um einen Prozentpunkt erhöht. Diese Entwicklung ist in der Planung nicht vorgesehen gewesen: Nach dem Plan sollte sich die Produktivität der Industrie um 35 vH erhöhen, gestiegen ist sie um 30 vH. Das Produktionsziel konnte so nur mit einem Mehr an Beschäftigten erreicht werden.

Bei der inländischen Verwendung ergaben sich Zuwachsraten über den geplanten Ansatz hinaus. Die Brutto-Anlageinvestitionen — ohne Investitions-

beteiligung in den übrigen RGW-Ländern — stiegen um 3,6 vH jährlich. Dabei waren allerdings die Schwankungen um diesen Durchschnittswert beträchtlich, und zwar sowohl in den einzelnen Jahren als auch innerhalb der Bereiche.

Stärker als die Investitionen stieg der private Verbrauch. Gemessen am Einzelhandelsumsatz nahm er jährlich um 5 vH zu, und zwar auch hier wieder am stärksten in der Mitte der Fünfjahrperiode. Industriewaren für die Bevölkerung wurden sogar über das geplante Ausmaß hinaus produziert bzw. auch importiert. Die Versorgung hat sich damit in der betrachteten Zeit erheblich verbessert. 1972 und 1973 wurden als Teil des auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen sozialpolitischen Programms die Renten erhöht und damit für viele Rentner die kärglichen

Bezüge aufgebessert. Zusammen mit anderen sozialpolitischen Maßnahmen sind dabei 1972 und 1973 die Einkommensübertragungen um rund 20 vH gestiegen. Die Geldeinnahmen der Bevölkerung erhöhten sich in diesen beiden Jahren fast ebenso stark wie das produzierte Nationaleinkommen; der rückläufige Trend der Konsumquote wurde gestoppt.

Der Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens war größer als der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens. Der Außenhandelsumsatz — zu konstanten Preisen — stieg von 1970 bis 1975 um 50 vH. Die Ausfuhr nahm — wie geplant — stärker zu als die Einfuhr. Die Differenz in den Wachstumsraten von Ausfuhr und Einfuhr war jedoch in den einzelnen Jahren unterschiedlich und insgesamt vermutlich kleiner als im Fünfjahrplan vorgesehen.

Die Notwendigkeit der Exporterhöhung war im Verlauf der Planperiode immer dringlicher geworden. Im Herbst 1973 traten auf dem Weltmarkt entscheidende Veränderungen in den Preisrelationen zwischen Rohstoffen und Fertigwaren ein. Die Preise für Rohstoffe, insbesondere für Brennstoffe, stiegen in ungewöhnlichem Ausmaß und stellten die DDR — wie jedes rohstoffarme Land — vor neue Probleme. Da die durchsetzbaren Preissteigerungen für exportierte Fertigwaren diejenigen für importierte Rohstoffe bei weitem nicht erreichten, kam es — bei real unveränderter Expansion von Importen und Exporten — zu Problemen des Zahlungsbilanzausgleichs. Dies zeigte sich zunächst im Austausch mit den „nichtsozialistischen“ Ländern, von 1975 an dann wegen der neuen Preisbildungsprinzipien auch im RGW-Handel.

Planung 1976 bis 1980

Im Entwurf der Direktive für den neuen Fünfjahrplan wurden die Ziele, wie im letzten Fünfjahrplan, recht vorsichtig angesetzt. Es wird hingenommen, daß das Wirtschaftswachstum in den nächsten fünf Jahren möglicherweise etwas niedriger als in der Planperiode 1971 bis 1975 ausfällt:

	Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in vH			
	1971 bis 1975		1976 bis 1980	
	Soll	Ist	Soll	
Produziertes Nationaleinkommen	4,9	5,4	4,9 bis 5,4	
Industrielle Warenproduktion	6,0	6,5	6,0 bis 6,3	
Inländische Verwendung:				
Bruttoinvestitionen	3,0	4,0	5,2 bis 5,8	
Privater Verbrauch*)	4,1	5,1	3,7 bis 4,1	

*) Gemessen am Warenfonds bzw. Warenumsatz oder Einzelhandelsumsatz.

Geringere Erwartungen als bisher werden an die Erhöhung der Produktivität geknüpft. Im vergangenen Jahrfünft wurde das Nationaleinkommen bei fast konstanter Zahl der Beschäftigten in den produzierenden und verteilenden Bereichen erwirtschaftet; das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum entsprach etwa der Wachstumsrate des Produkts. In den nächsten Jahren wird jedoch die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter zunehmen. Im Entwurf der Direktive wird mit folgender Entwicklung bei den Beschäftigten gerechnet¹:

Industrie	+ 130 000 Beschäftigte
Bau	+ 36 000 Beschäftigte
Verkehr	+ 23 000 Beschäftigte

Mit dieser Erhöhung der Beschäftigtenzahl in den Sektoren würde die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Bereich insgesamt um rund 3 vH steigen. Das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum (je Beschäftigten) wäre damit nur auf 4,2 bis 4,7 vH angesetzt worden.

Die für den Durchschnitt der nächsten fünf Jahre geplante Steigerung der Industrieproduktion liegt mit 6,0 bis 6,3 vH etwas unter der in den letzten fünf Jahren realisierten Rate. An der Spitze der Wachstumsskala steht nunmehr der Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau, für den im vergangenen Jahrfünft nur durchschnittliche Wachstumsraten angesetzt waren; an zweiter Stelle liegt — wie schon früher — die chemische Industrie. Die Elektrotechnik ist dagegen von ihrer Spitzenposition verdrängt worden.

Die hinter den Veränderungsraten der Industrie stehenden wirtschaftspolitischen Absichten lassen sich am besten aus der Aufzählung der zu lösenden Aufgaben ablesen. Wie schon in der Direktive zum letzten Fünfjahrplan werden genannt:

- Stärkung der Rohstoffbasis;
- Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung;
- Erhöhung des Exports.

Dabei haben sich Rangfolge und Betonung leicht verschoben. Obenan stehen die Rohstoffprobleme; die eigenen Roh- und Brennstoffvorkommen und die Sekundärrohstoffe sollen maximal genutzt werden. Bei der Versorgung der Bevölkerung werden „Kontinuität“ und „Stabilität“ hervorgehoben. Überdies fällt auf, daß der geplante Produktionszuwachs von industriellen Konsumgütern erheblich höher ist als der

¹ Im Bereich Bildung und Versorgung der Bevölkerung wird eine Zunahme von 110 000 Personen veranschlagt. Bei den privaten und öffentlichen Dienstleistungen hatte sich auch schon im letzten Jahrfünft mit einem Mehr von fast 150 000 Personen (+ 10 vH) die Beschäftigtenzunahme konzentriert.

Entwicklung in der zentralgeleiteten Industrie der DDR

Zuwachs in vH¹⁾

Betriebe im Bereich des Ministeriums für . . .	1966/70	1971/75		1976/80	
	Ist	Plan		Ist ²⁾	Plan
	Industrielle Waren- produktion	Arbeitspro- duktivität	Industrielle Waren- produktion	Arbeitspro- duktivität	
Kohle und Energie ³⁾	17	30 - 32	26 - 28	30	·
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	38	·	·	38	·
darunter: Metallurgie	·	30 - 33	32 - 35	·	28 - 31
Kaliindustrie	·	20 - 26	21 - 24	·	13 - 17
Chemische Industrie	46	47 - 49	40	50	44 - 46
Elektrotechnik und Elektronik	58	68 - 76	55 - 60	54	42 - 43
Schwermaschinen- und Anlagenbau	24	40 - 42	33 - 35	35	39 - 41
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	48	39 - 41	38 - 40	*) 40	56 - 57
Allgemeiner Maschinenbau, Landmaschinen- und Fahrzeugbau					44 - 45
Leichtindustrie	30	> 32	35	*) 44	*) 40 - 42
Glas- und Keramikindustrie					34 - 36
Bezirksgeleitete Industrie, Lebensmittelindustrie	32	7) 29	7) 37	34	43 - 46
Alle Betriebe	·	36 - 38	·	·	35 - 38
					36 - 38
					30 - 32

1) Gesamtwachstum innerhalb eines Jahres. — 2) Geschätzt anhand der Angaben über den Erfüllungsgrad der Planzahlen einzelner Jahre. — 3) Bis 1971 Grundstoffindustrie. — 4) Das Ministerium für „Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau“ wurde im Herbst 1973 durch zwei neue Industrieministerien ersetzt. — 5) Zum Jahresende 1971 wurde das Ministerium für Glas- und Keramikindustrie gegründet; vorher war dieser Industriebereich Bestandteil der Leichtindustrie. — 6) In dem Entwurf der Direktive zum IX. Parteitag der SED für den Fünfjahrplan 1976–80 wird erstmalig der Bereich „Möbel-, Holz- und Kulturwarenindustrie“ gleichgewichtig den bisherigen Industrieministerien ausgewiesen (mit einem Zuwachs bis 1980 von 44 vH bei der industriellen Warenproduktion und 41 vH bei der Arbeitsproduktivität). — 7) Nur bezirksgeleitete Industrie.

Quellen: Direktive des VIII. Parteitags der SED zum Fünfjahrplan über die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975; Planerfüllungsberichte und Volkswirtschaftspläne der DDR 1971 bis 1975; Direktive des IX. Parteitags der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976–1980.

des Inlandsverbrauchs — ein Zeichen dafür, daß auch der Export von Konsumgütern in der kommenden Fünfjahrplanperiode stark ausgeweitet werden soll.

Auch in der Bauwirtschaft ist eine leichte Veränderung in den Entwicklungslinien vorgesehen. Das geplante Wachstum der Bauproduktion ist höher als in den Vorjahren. Der Wohnungsbau soll zwar weiter zügig expandieren; er genießt aber im Zuwachs nicht mehr die Priorität vor allen anderen Baubereichen. Schwerpunkt soll jetzt der in den letzten Jahren relativ vernachlässigte Industriebau werden. In der Bauwirtschaft insgesamt ist eine prozentuale Steigerung der Beschäftigtenzahl vorgesehen, die über die Entwicklung in der Industrie hinausgeht.

Bei der Verwendung des Nationaleinkommens ist die Exportausweitung zur vordringlichen Aufgabe geworden. Einzelangaben liegen allerdings nur zum Export in die RGW-Länder vor:

- Nach dem Entwurf der Direktive soll der reale Export in diese Länder (und in die übrigen sozialistischen Länder) 1976 bis 1980 um 50 vH über dem Ergebnis 1971 bis 1975 liegen.
- Auf der 16. Tagung des ZK der SED wurde für den realen Umsatz mit der UdSSR eine Summe von 28 Mrd. TRbl²⁾ genannt, bei den übrigen

RGW-Ländern ein Zuwachs von mehr als 50 vH. Diese Angaben stimmen im wesentlichen mit den Protokollen über die Plankoordinierung 1976 bis 1980 überein.

- Aus diesen Informationen läßt sich eine Importsteigerung von mehr als 30 vH und ein realer Exportüberschuß der DDR von rund 5 Mrd. TRbl (1971 bis 1975 1,5 Mrd. TRbl) ableiten.

Hinter diesem Überschuß — in Preisen von 1974 — verbirgt sich eine Verschlechterung der Terms of Trade, insbesondere im Handel mit der Sowjetunion.

Fraglich ist, wie der Westhandel einzuordnen ist; Angaben darüber werden nicht gemacht. Es ist lediglich erwähnt, daß auch dieser Export zu steigern sei, um den Import „entsprechend den im Plan festgesetzten Zielen“ zu entwickeln. Da die DDR die Einfuhr von Investitionsgütern und moderner Technologie aus den westlichen Ländern wohl nach wie vor für bedeutsam hält und die Verbesserung der konjunkturellen Lage in der westlichen Welt ihr wieder

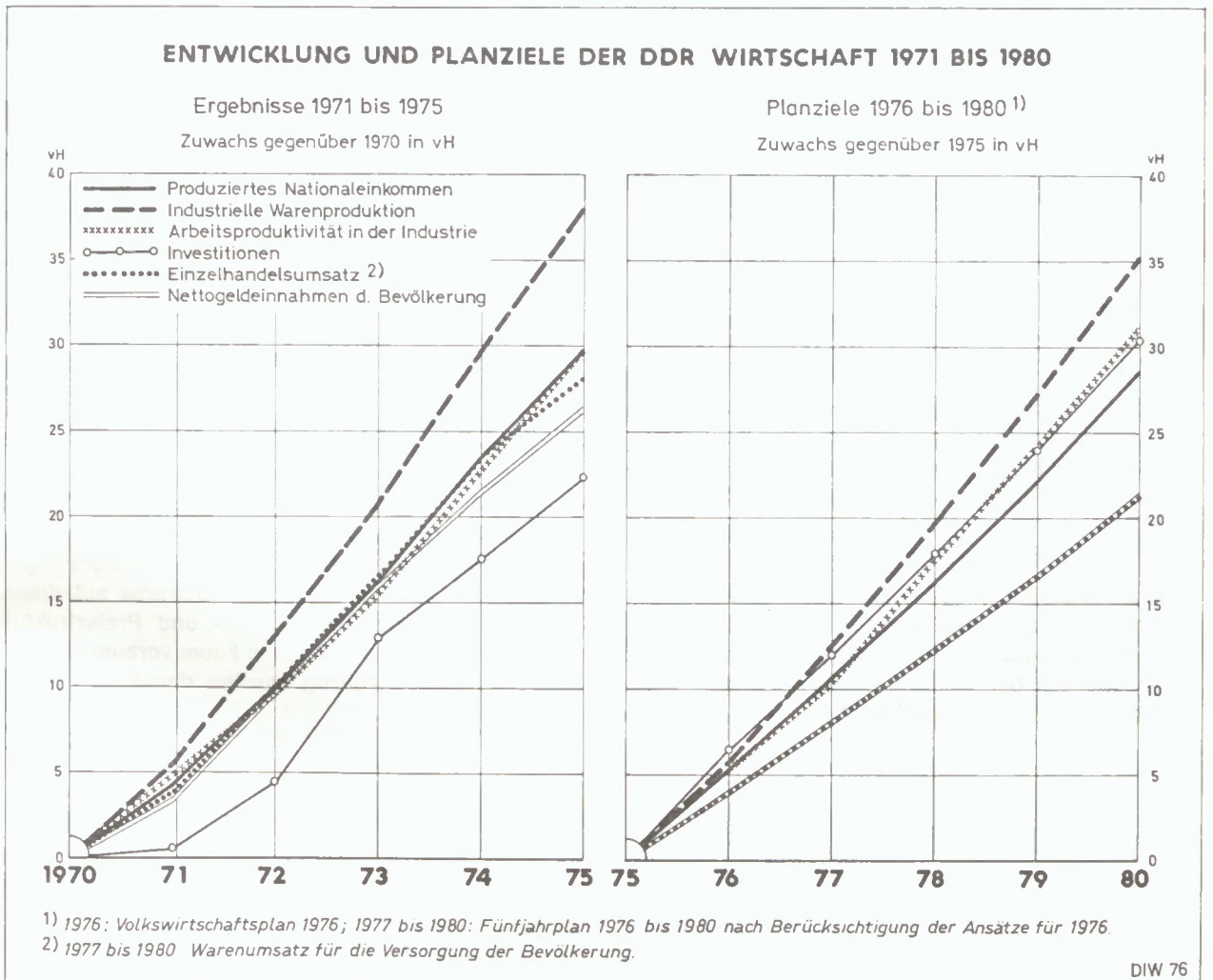
²⁾ Im Handelsabkommen mit der UdSSR wird ein Volumen von 31,5 Mrd. TRbl genannt. Der dort gegebene Hinweis „unter Berücksichtigung von Preiskorrekturen“ läßt sich so interpretieren, daß die Preissteigerungen des Jahres 1975 berücksichtigt worden sind. Dann sind die beiden Zahlenangaben miteinander vereinbar.

Exportchancen bietet, ist jedoch auch für diesen Teilbereich des Außenhandels mit einer merklichen Expansion zu rechnen.

Die inländische Verwendung bleibt in den geplanten Zuwachsraten hinter dem Export zurück. Für die Investitionen ist dennoch — verglichen mit der vorangegangenen Entwicklung — eine leichte Beschleunigung im Wachstum vorgesehen. Wie schon die Planung für 1976 erkennen ließ, ist damit die restriktive Phase bei der Investitionstätigkeit zu Ende. Die nunmehr für die nächsten fünf Jahre genannten Größen für das gesamte Investitionsvolumen — 240 bis 243 Mrd. M, darunter 7 bis 8 Mrd. an Investitionsbeteiligungen im RGW-Raum — bedeuten durchschnittliche jährliche Zuwachsraten für die inländischen Investitionen von 5,2 bis 5,8 vH. Ob mit dieser Ausweitung der Anlageinvestitionen ein Wachstum des Produktionspotentials aufrechtzuerhalten ist, das die geplanten Produktionssteigerungen nachhaltig zuläßt, kann aber noch nicht als gesichert angesehen werden. Zu bedenken ist, daß sich die geplan-

ten Investitionen zum Aufschluß eigener Roh- und Brennstoffvorräte und zur Verwertung von Sekundärrohstoffen nicht unmittelbar in einer Erhöhung der Produktion niederschlagen, der Kapitalkoeffizient also auch aus strukturellen Gründen tendenziell steigt.

An letzter Stelle der Verwendung steht — wie schon 1975 — der private Verbrauch. Er soll sich — gemessen am „Warenumsatz zur Versorgung der Bevölkerung“ — in den nächsten Jahren nur um jeweils rund 4 vH erhöhen. Zurückgenommen worden sind dabei die Zuwachsraten für Industriewaren auf 4 bis 5 vH. Parallel dazu verlaufen die Planungen für die Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung: Sie sollen um 4 vH steigen; Rentenerhöhungen und andere sozialpolitische Maßnahmen sind nicht geplant, so daß sich der Anteil der Löhne und Gehälter an den gesamten Einkommen erhöhen wird. Für die immer noch als Hauptaufgabe genannte Steigerung des Lebensstandards wird auf die wachsenden Aufwendungen des Staates zur Aufrechterhaltung stabiler



Preise und für kulturelle und soziale Aufgaben verwiesen.

Zwang zu mehr Flexibilität

Der Entwurf der Direktive zum Fünfjahrplan wird im Mai dem IX. Parteitag der SED vorgelegt; der Parteitag wird dann die Aufgaben und Ziele der DDR-Wirtschaft für die Jahre 1976 bis 1980 beschließen. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes über den Fünfjahrplan durch die Volkskammer wird dann noch einige Zeit vergehen; die endgültige Fassung wird sich jedoch erfahrungsgemäß in den Grundlinien nicht von dem vorliegenden Direktiventwurf unterscheiden.

Diese Grundlinien weichen auf den ersten Blick nicht von den längerfristigen Wachstumszielen ab, wie sie für die Jahre bis 1990 konzipiert worden sind. Gleichwohl ist zu fragen, weshalb sich die Wirtschaftsführung der DDR entschlossen hat, nach der letzten Phase einer bemerkenswerten Expansion nunmehr in ihren Zielen für Produktion und Produktivität wieder relativ vorsichtig zu werden.

Mit den starken Preiserhöhungen für Importe sind einige ökonomische Probleme sichtbar geworden, die bisher von der gleichmäßigen Entwicklung überdeckt gewesen sind. Auch in der DDR wird offen darüber diskutiert, daß das wirtschaftliche Leitungs- und Lenkungssystem Schwächen aufweist:

- Bei der Planung steht die Produktion im Vordergrund; die notwendige Nachfrage wird als gegeben vorausgesetzt. Bei wachsenden Ansprüchen der Verbraucher, der Investoren und der Außenhandelspartner führt diese Grundhaltung dazu, daß zunehmend „am Bedarf vorbei“ produziert wird.
 - Das Interesse der Betriebe am rationellen Einsatz von Arbeit, Kapital und Rohstoffen ist unzureichend. Es kommt, wie vor der Wirtschaftsreform (dem NÖSPL), vor allem auf die Erfüllung der Mengen- und Qualitätspläne an, nicht auf ein günstiges Verhältnis von Aufwand und Ertrag.
 - Die Preise für Material und Fertigprodukte werden nicht nach dem Prinzip der Knappheit und auch nicht nach den tatsächlichen Kosten gesetzt, so daß die ökonomisch richtige Bewertung der Produktion in der Regel fehlt.
- Der Vorrang von Bruttogrößen in der Planung ist ein Hemmnis für die rasche Überleitung von Ergebnissen der Forschung in die Produktion. Kostensparende Fertigungsverfahren senken die Bruttoproduktion und damit die Kennzahlen für die Planerfüllung.

Auch bei einer gleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung führen diese Schwächen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Verlusten. Unter den insgesamt veränderten Bedingungen fällt jedoch jede Verschwendung von Ressourcen besonders ins Gewicht.

In einigen Punkten hat die Wirtschaftsführung der DDR inzwischen versucht, das Lenkungssystem den Erfordernissen einer rational geplanten Produktion besser anzupassen. So wird in den letzten Jahren auf Bedarfsuntersuchungen mehr Gewicht gelegt; die neue Planungsordnung enthält auch Nettogrößen als Planungsrichtgrößen; von 1976 an werden die Preise einiger Roh- und Brennstoffe sowie die Preise anderer ausgewählter Güter jährlich erhöht. Die Verbesserungen am Planungssystem wirken jedoch nur punktuell. Dies gilt insbesondere für die neue Industriepreispolitik. Mit ihr sollen die Betriebe zu sparsamstem Verbrauch gezwungen werden. Diese erwünschte ökonomische Wirkung wird jedoch von zwei Seiten her in Frage gestellt: zum Teil werden die Kostensteigerungen durch Minderung der Gewinnabführungen an den Staat oder sogar Subventionen (Preisausgleichsfonds) aufgefangen. Außerdem wird der Endverbrauch von Produkten mit verteuertem Materialeinsatz nicht eingeeengt, da die Betriebe die Kostensteigerungen nicht weiterwälzen dürfen.

Diese Probleme werden auch von der Wirtschaftsführung der DDR gesehen. Entsprechend sind über die bisherigen ausgewählten Preiserhöhungen hinaus weitere Maßnahmen geplant. Allerdings wird damit, statt einer generellen Preisreform durch alle Produktionsstufen hindurch, ein kompliziertes System von Festpreisen und anzupassenden Preisen konstruiert, das durch breitgestreute Subventionen gestützt wird. Die Reaktionen der Betriebe auf diese Veränderungen der Produktions- und Preisstruktur sind für die Planungsinstanzen kaum vorauszusehen, Planung und Planvollzug werden damit eher noch weiter erschwert.

Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer: Fallweise oder globale Lösungen?

Die Auslandsverschuldung von Entwicklungsländern spielte in der entwicklungspolitischen Diskussion bis vor wenigen Jahren nur eine Nebenrolle. Trotz einiger Verschuldungskrisen¹ blieb die Auslandsverschuldung der Dritten Welt — als Konsequenz der Höhe, Struktur und Konditionen der Kapitalzuflüsse — zunächst nur ein Teilaspekt der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und somit im Schatten der übergreifenden Forderungen nach mehr Entwicklungshilfe und mehr Handel.

Seit kurzem gewinnt dagegen die Verschuldungsfrage an Gewicht und wird ebenso wie die Themen Technologietransfer, Nahrungsmittellücke, Versorgung der Entwicklungsländer mit internationaler Liquidität — neben jenen klassischen Themen der Nord-Süd-Beziehungen — diskutiert. Denn inzwischen haben sich chronische Krisenfälle herausgebildet, und eine wachsende Zahl von Ländern droht, in kritische Verschuldungslagen zu geraten. Zugleich wird die generell wachsende Schuldenlast auch für Länder prekär, die (noch) keine internationalen Maßnahmen zur Regulierung ihrer Schuldendienste beantragen mußten. Daß bei insgesamt enttäuschender Entwicklung in der Dritten Welt und insbesondere schleppender Ausweitung ihrer Importkapazität (Exportserlöse plus Kapitalzuflüsse) steigende Anteile an den verfügbaren Devisen durch Zinsleistungen und Kreditrückzahlungen gebunden werden, bedeutet nicht allein eine Verschärfung der ökonomischen Schwierigkeiten; auch auf der politischen Ebene wird darin immer deutlicher eine zusätzliche Abhängigkeit gegenüber den reichen Ländern gesehen. Diese gewinnen neben ihrer Schlüsselrolle als Handelspartner, Kapital- und Technologiequelle nun auch als Gläubiger weitere Möglichkeiten zu wirtschaftlichem und politischem Einfluß.

Allerdings wird — bei zunehmender Solidarisierung der Schuldnerländer² — die bisher schon sehr heterogene Gruppe multilateraler und bilateraler, öffentlicher und privater, marktwirtschaftlicher und sozialistischer Gläubiger nun noch durch einige OPEC-Länder erweitert, die sich gleichzeitig aber auch nachdrücklich als Teil der Dritten Welt begreifen und engagieren.

Restriktive Grundhaltung der Gläubiger . . .

Von den öffentlichen Instanzen der Industrieländer werden Verschuldungsprobleme der Dritten Welt bisher nicht als Teilbereich ihrer „eigentlichen“ entwicklungspolitischen Aktivitäten betrachtet. Grundsätzlich

wird davon ausgegangen, daß Verschuldungsprobleme bei richtiger Entwicklungspolitik gar nicht erst entstehen können bzw. mitgelöst werden, da gerade die möglichen Ursachen für Verschuldungskrisen — vor allem unzureichendes gesamtwirtschaftliches Wachstum, fiskalische und außenwirtschaftliche Schwächen — Gegenstand der Entwicklungspolitik sind. Zudem sei die Entwicklungshilfe im engeren Sinne von vornherein relativ weich konditioniert worden, um aus ihr keine Insolvenz entstehen zu lassen; im Hinblick auf die bedürftigsten Entwicklungsländer bestehe ferner die Tendenz zu verstärkter Entwicklungshilfe bei besonders günstigen Konditionen.

Die sozialistischen Länder betrachten die Verschuldungsfrage dagegen als Spezifikum der westlichen Entwicklungshilfe und fühlen sich deshalb nicht angesprochen. Die reichen Ölländer lehnen eine Verantwortlichkeit ebenfalls ab, so sehr sie selbst auch zur Verschärfung der Situation beitragen. Die supranationalen Gläubiger, insbesondere die Weltbank, teilen im wesentlichen die Haltung der westlichen Industrieländer. An Schuldenverhandlungen nehmen sie lediglich als Beobachter teil.

Soweit Schuldenregulierungen notwendig werden, resultieren sie meistens aus unsoliden kommerziellen Kreditgeschäften. Zwar werden private Kapitalströme in die Entwicklungsländer von öffentlicher Seite nicht nur nachdrücklich befürwortet, sondern sogar gefördert. Dennoch fühlen sich die öffentlichen Instanzen der westlichen Industrieländer nicht für eine überzogene Verschuldungspolitik der Entwicklungsländer auf kommerziellem Felde verantwortlich. Sie sind nicht bereit, bei Verschuldungskrisen schnelle und großzügige Hilfe zu leisten, und damit kreditwirtschaftliche Lässigkeit womöglich noch zu honorieren.

Vielmehr bestehen die Industrieländer darauf, auf Verschuldungsprobleme nur in Ausnahmefällen einzugehen und sie erst nach einem Antrag des Schuldnerlandes im Rahmen von Ad-hoc-Tagungen der Gläubiger-Clubs³ möglichst mit konventionellen kreditwirtschaftlichen Maßnahmen zu regeln.

¹ Seit den fünfziger Jahren sind für folgende Länder mehr oder minder häufig multilaterale Schuldenregulierungen durchgeführt worden: Argentinien, Brasilien, Chile, Ghana, Indien, Indonesien, Pakistan, Peru, Türkei und neuerdings Bangladesch.

² Ein Indiz dafür sind die jüngsten UNCTAD-Forderungen nach einer Weltschuldenkonferenz.

³ Vgl. dazu im einzelnen UNCTAD, Present institutional arrangements for debt renegotiations, TD/B/C.3/AC.8/13 vom 26. 2. 1975.

Diese Grundhaltung wird durch folgende Argumente bestärkt:

- Würden die öffentlichen Gläubiger aus eigener Initiative auf mögliche Verschuldungskrisen aufmerksam machen⁴, so bestünde die Gefahr einer Signalwirkung, durch die solche Krisen dann eher noch beschleunigt anstatt verhindert würden.
- Verschuldungsprobleme treten in der Regel bei relativ fortgeschrittenen Entwicklungsländern auf, die bereits Zugang zu Kapitalmärkten haben. Durch öffentliche Hilfen würden dann Mittel gebunden, die besser entwicklungspolitischen Aufgaben in rückständigeren Ländern dienen.
- Bei Schuldenregulierungen sollten alle Gläubiger äquivalente Zugeständnisse machen, um zu vermeiden, daß durch größere Zugeständnisse einiger Gläubiger härtere Konditionen anderer finanziert werden. Dieses Prinzip mache langwierige Verhandlungen erforderlich, da es bisher keine einfachen Formeln für ein allseitig befriedigendes „burden sharing“ gibt.
- Für notwendige Kompromisse zwischen den Gläubigern untereinander wie auch in den Gläubiger-Schuldner-Beziehungen könnten keine einheitlichen Regeln befolgt werden, da die umzuschuldenden Kreditarten und die Gläubigerstrukturen von Fall zu Fall wechselten.

. . . und eskalierende Forderungen der Entwicklungsländer

Die Entwicklungsländer haben die konventionellen Verfahren im Laufe der letzten Jahre zunehmend kritisiert. Zwar vertreten auch sie nach wie vor den Standpunkt, daß Verschuldungsprobleme Ausnahmefälle bleiben sollten, weisen jedoch darauf hin, daß sie es faktisch nicht mehr sind. Die Mittelzuflüsse gelten als unzureichend und deren Konditionen gleichzeitig als zu hart zur Vermeidung von Verschuldungsproblemen. Zur Lösung entstandener Probleme würden Maßnahmen erst ergriffen, wenn eine Krise sich zugespitzt hat, und dann würden meist nur kurzfristige Hilfen zu von Fall zu Fall recht unterschiedlichen Konditionen gewährt.

So sind zunächst folgende Forderungen erhoben worden: Es sollten

- die Entwicklungsländer mehr Mittel erhalten,
- die Konditionen verbessert werden,
- Verschuldungsprobleme möglichst frühzeitig identifiziert werden,

- angemessene Maßnahmen rasch ergriffen und nach Möglichkeit noch vor einer krisenhaften Zuspitzung wirksam werden,
- Schuldenregulierungen in den Rahmen der längerfristigen Entwicklungspolitik eingepaßt und
- einheitliche Richtlinien für die Behandlung von Verschuldungsfällen aufgestellt und befolgt werden.

Die Forderung nach höherem „Realtransfer“⁵ steht allerdings seit Jahr und Tag auf fast jeder entwicklungspolitischen Tagesordnung; sie wird also nicht erst im Zusammenhang mit aktuellen Verschuldungsfragen erhoben. Dagegen sind die übrigen Forderungen erst neuerdings mit größerem Nachdruck in die Diskussion gekommen. Gleichzeitig werden sie auch im einzelnen immer weiter spezifiziert.

Enthielten die Entschlüsse der 6. und 7. Sonder-Generalversammlungen der UN von 1974 und 1975 lediglich Forderungen nach fallweisen Neuverhandlungen über Auslandsschulden, so fordert die „Gruppe der 77“⁶ inzwischen generelle Maßnahmen für alle Entwicklungsländer. Beschränkten sich die Forderungen im Hinblick auf die bedürftigsten Entwicklungsländer⁷ zunächst noch auf allgemein gehaltene Formulierungen über zusätzliche Zugeständnisse bei Moratorien, Umschuldungen und Schuldenerlaß, so werden auch diese nunmehr präzisiert:

- Schuldenerlaß auf öffentliche Entwicklungshilfe für die LLDC-Gruppe,
- Aufschub der Schuldendienste auf öffentliche Entwicklungshilfe bis 1980 für die MSAC-Gruppe,

⁴ Dies geschieht allerdings z. T. im Rahmen von Entwicklungshilfekonsortien und „consultative groups“. Die Hauptaufgabe dieser derzeit insgesamt 19 Gremien ist die Beratung und gegebenenfalls Unterstützung von Entwicklungsplänen auf multilateraler Ebene. Die Beteiligung an diesen Gremien ist ebenso wie die Häufigkeit ihres Zusammentretens und die Intensität ihrer Hilfestellung sehr unterschiedlich.

⁵ Dazu rechnet auch ein weiterer Abbau der bisherigen Praxis, Entwicklungshilfe an Lieferungen aus dem Geberland zu binden und/oder nur für spezifische Projekte zu gewähren. Die Lieferbindung schmälert den Wert der Hilfe um den Betrag, zu dem in anderen Ländern billiger gekauft werden könnte; Projektbindung impliziert „opportunity costs“ in bezug auf günstigere Verwendungsmöglichkeiten.

⁶ Dieser formelle Zusammenschluß der Entwicklungsländer existiert seit der ersten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD I), 1964. Damals zählte die Gruppe 77 Mitglieder, heute gehören ihr rund 100 Länder an.

⁷ Dazu zählen die 25 rückständigsten Entwicklungsländer (LLDC) sowie die 42 durch die weltwirtschaftlichen Ereignisse besonders betroffenen Entwicklungsländer (MSAC). Da 19 Länder zu beiden Gruppen rechnen, umfaßt die „bedürftigste“ Gruppe insgesamt 48 Länder.

— Verpflichtung der multilateralen Gläubiger, einen positiven Nettotransfer (Bruttoleistungen abzüglich Tilgungen und Zinsen) an die MSAC-Gruppe zu leisten.

Gefordert wird ferner die Errichtung eines multilateralen Fonds, der die laufenden Handelsschulden der Entwicklungsländer — zu kommerziellen Zinssätzen — verlängert. Darüber hinaus ist der UNCTAD-Generalsekretär ersucht worden, intensive Konsultationen mit Gläubiger- und Schuldnerländern zur Vorbereitung der UNCTAD IV aufzunehmen, auf der die Verschuldungsprobleme mit Vorrang behandelt werden sollen. Dort sollen nun möglicherweise bereits sachliche Beschlüsse durchgesetzt werden, während zunächst nur beabsichtigt war, die Einberufung einer späteren Weltschuldenkonferenz zu diskutieren.

Mögliche Kompromisse

Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Gläubigerparteien während der bevorstehenden Verhandlungen ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegen Schuldenregulierungen und insbesondere gegen globale Lösungsformeln ablegen werden. Allerdings wird im Lager der westlichen Industrieländer, die ihre Entwicklungspolitik im DAC⁸ koordinieren, auch der Standpunkt vertreten, daß die prekäre Situation so vieler Länder übergreifende Konzessionen auf diesem Felde erforderlich mache, vor allem aber, daß aus politischen Gründen einige konstruktive Beiträge durch die Gläubigerländer auf der UNCTAD IV geleistet werden müßten.

Im Hinblick darauf wird neuerdings von einigen Gläubigerländern ein allgemeines Moratorium für Schuldendienste der bedürftigsten Länder aus Entwicklungshilfe-Krediten befürwortet. Im Sinne der generellen Tendenz, die Konditionen der Kapitalhilfe für diese Länder künftig besonders günstig zu gestalten, wäre es indes noch konsequenter, auch die akkumulierte Verschuldung auf weichere Konditionen umzustellen. Denn wenn anerkannt wird, daß die Belastbarkeit dieser Länder durch Schuldendienste gering ist, so ist es unerheblich, ob diese aus bereits laufenden oder künftigen Krediten resultieren.

Eine solche Entlastung der bedürftigsten Länder wäre auch dann gerechtfertigt, wenn das Entwicklungshilfe-Aufkommen insgesamt nicht erhöht würde, sondern Mittel von anderen Empfängerländern abgezweigt werden müßten. Eine Umschichtung zugunsten der bedürftigsten Länder entspricht den allgemeinen entwicklungspolitischen Leitvorstellungen; sie ist schon in der von vielen Gläubigerländern angekündigten Bereitschaft angelegt, die Konditionen für die Neuverschuldung dieser Länder weicher zu gestalten.

Mit einer solchen Aktion würde man allerdings teilweise auf das Prinzip verzichten, Umschuldungen nur in Einzelfällen und dann mit jeweils spezifischen Maßnahmen zuzulassen. Dieses Prinzip läßt sich jedoch nicht gut gegen eine Ländergruppe durchhalten, die gerade dadurch definiert ist, daß jedes der ihr zugehörenden Länder gravierende und meist auch spezifisch außenwirtschaftliche Probleme hat und bei der Verschuldungskrisen künftig häufiger auftreten werden. Zwar ist diese Ländergruppe keineswegs homogen, und ihre Abgrenzung mag revisionsbedürftig sein. Ein internationaler Konsensus über allgemeine Prioritäten wird jedoch selten ohne Willkür erzielt werden können.

Käme hier eine Aktion zustande, die nicht auf jeweils einzelne Beträge und Jahre abzielt, so würden einerseits organisatorisch umständliche und damit kostspielige Prozeduren überflüssig, die mit Schuldenregulierungen konventioneller Art verbunden sind. Andererseits entstünden insoweit keine zusätzlichen Kosten, als es so oder so zu Schuldenerleichterungen kommen wird: Die wichtigsten Länder, Indien und Pakistan, erfahren bereits mehr oder minder regelmäßig multilaterale Umschuldungen. Zusammen mit vier weiteren besonders gefährdeten Ländern — Ägypten, Afghanistan, Bangladesch und Ghana — haben sie während der zweiten Hälfte dieser Dekade drei Viertel des Schuldendienstes zu leisten, der aus der bisherigen öffentlichen Entwicklungshilfe aller Gläubigergruppen an die 48 bedürftigsten Länder resultiert. Der Preis einer solchen generellen Konzession, deren politischer Nutzen nicht gering wäre, ist daher nicht hoch, wenn man ohnehin von der Notwendigkeit weiterer Einzelaktionen überzeugt sein muß. Auch sollte das Prinzip gleichmäßiger Lastenverteilung in diesem Zusammenhang nicht zu eng interpretiert werden. Abgesehen davon, daß es schon bisher nicht konsequent befolgt wird, verdient es kein größeres Gewicht als die für die Entwicklungshilfe schlechthin geltende Forderung eines gleichmäßigen Engagements der Geberländer, z. B. im Sinne der des Ziels, 0,7 vH des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Auch diese Richtlinie wird, obwohl von den meisten Ländern akzeptiert, nicht gleichmäßig befolgt, ohne daß daraus gefolgert wird, daß die engagierteren Länder ihre Hilfe drosseln sollten, um nicht geringere Leistungen anderer zu kompensieren.

Bei der kommerziellen Aulandsverschuldung erscheinen breite Zugeständnisse der Industrieländer dagegen weniger angebracht. Denn hier würde mit einer allzu bereitwilligen Lastenübernahme unsoliden Finanzierungspraktiken eher Vorschub geleistet.

⁸ Development Assistance Committee der OECD.

Zudem würde eine Bindung öffentlicher Mittel an private Kreditströme hauptsächlich die schon weiter fortgeschrittenen Länder begünstigen. Um so wichtiger wird es allerdings sein, daß die Industrieländer — aber auch die OPEC-Länder — ihre Entwicklungshilfe aufstocken und größere Konzessionen auf handelspolitischem Felde machen. Denn gerade hier liegen die wichtigsten Ursachen dafür, daß Entwicklungsländer in zunehmendem Maße ihren Importbedarf teuer und risikoreich finanzieren müssen.

Schließlich ist zu befürworten, daß Tagungen institutionalisiert werden, damit auf breiter internationaler Basis mögliche Verschuldungsprobleme von Ländern oder Ländergruppen beraten und gegebenenfalls vorbeugende Maßnahmen eingeleitet werden. Dabei ist es wichtig, Konsultationen regelmäßig durchzuführen und so früh zu beginnen, daß sie nicht als Signal für akute Probleme mit der Gefahr sich selbst rechtfertigender Erwartungen gewertet werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1974 sind erschienen:

- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt.** Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,—.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren.** Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen. Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** — Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. — Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von Peter Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.
- Heft 38 **Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972.** Von R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels. 149 S. 1975. DM 58,—.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seldier, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Wirtschaft der DDR vor dem Fünftjahrplan 1976/80 bearbeitet von Doris Cornelsen. —

Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer: Fallweise oder globale Lösungen? bearbeitet von Hans J. Petersen.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.

Hierzu das Jahresinhaltsverzeichnis 1975